

HF Sender

HERAUSGEBER: SED-BETRIEBSPARTEIORGANISATION

Nr. 7/54

27. Januar 1954

Die Außenministerkonferenz hat begonnen.

Am 25. Januar traten die Aussenminister der Sowjetunion, der USA, Englands und Frankreichs zu ihrer ersten Beratung zusammen. In ihren Eröffnungsreden unterstrichen alle vier Aussenminister, dass diese Konferenz eine Verbesserung der internationalen Beziehungen herbeiführen kann. Der Aussenminister der Sowjetunion, Molotow, wies darauf hin, dass der Notenwechsel zwischen den einzelnen Mächten gezeigt hat, daß diese Konferenz von allen Regierungen als dringend notwendig erachtet wurde. Gleichzeitig aber ist das Stattfinden der Konferenz ein Ausdruck dafür, dass man sich trotz aller verschiedenen Meinungen der eigenen Regierungen über die brennendsten Fragen unterhalten und verständigen kann.

Aussenminister Molotow sprach dann über die Erwartungen und Hoffnungen, die das Stattfinden der Konferenz bei Millionen Menschen ausgelöst hat. Er führte in diesem Zusammenhang aus:

"Tatsächlich erwarten Millionen von Menschen eine Antwort auf die Frage, ob diese Konferenz zur Festigung des Friedens, zur Minderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen und zur wirklichen Gewährleistung der Sicherheit in Europa beitragen wird. In dem Maße, in dem die Berliner Konferenz dieser Hauptaufgabe gerecht wird, wird sie ihre positive Rolle für die weitere Entwicklung der internationalen Beziehungen spielen".

Sowjetischer Vorschlag für die Tagesordnung angenommen!

Auf ihrer zweiten Sitzung am 26. Januar beschlossen die Aussenminister den Vorschlag der Sowjetunion zur Tagesordnung anzunehmen. Die Tagesordnung umfasst folgende Punkte:

- 1.) Über die Maßnahmen zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen und über die Einberufung einer Konferenz der Aussenminister Frankreichs, Grossbritanniens, der USA, der Sowjetunion und der Volksrepublik China.
- 2.) Die deutsche Frage und die Aufgaben der Gewährleistung der europäischen Sicherheit.
- 3.) Über den österreichischen Staatsvertrag.

Antwort an Kollegen: Voraussetzungen für freie, demokratische Wahlen.

Eine Reihe von Kollegen stellen die Frage, was ist denn nun mit freien Wahlen? Wirklich freie Wahlen in ganz Deutschland erfordern zu ihrer Durchführung eine Reihe von Voraussetzungen:

- Sind es freie Wahlen, wenn Adenauer von den Junkern, Bank- und Monopollen in Westdeutschland für die Wahl am 6.9.53 40 Millionen Westmark erhielt und die Kapitalisten sich auf diese Weise politische Macht kaufen können?
- wenn Faschisten und Militaristen die westdeutschen Wähler terrorisieren konnten?
- wenn ehemalige SS-Banditen und Nazi-Richter aufrechte Patrioten ins Gefängnis werfen können?
- wenn die Unternehmer Westdeutschlands und Westberlins klassenbewusste Arbeiter für Wahlagitation im Betrieb maßregeln und brotlos machen können?

Nein, das sind keine freien Wahlen. Nur durch Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands können die Voraussetzungen für freie demokratische Wahlen geschaffen werden. Hierfür legte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik einen Entwurf vor, zu dem sich bis heute die Regierung in Bonn noch nicht äußerte. Nur durch diese Voraussetzungen wird die Garantie geschaffen, daß das einheitliche Deutschland ein friedliebender, demokratischer und unabhängiger Staat wird.

Adenauer ist gegen die Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung. Wie er sich ein zukünftiges Deutschland vorstellt, hat die geplante Stahlhelmsprovokation in Berlin gezeigt. Die Werktätigen aber wollen kein Deutschland, in welchem die Kräfte, die uns in 30 Jahren zweimal in die Katastrophe geführt haben, die Macht besitzen. Wir wollen ein Deutschland, in dem die Werktätigen die Macht in den Händen haben und in dem für den Frieden und eine glückliche Zukunft gearbeitet wird.

Die Sieger im Wettbewerb des IV. Quartals 1953.

Für den Wettbewerb im IV. Quartal des vergangenen Jahres ermittelte unsere Wettbewerbskommission folgende Abteilungen als Sieger:

Rundfunkröhrenfertigung, für die Erfüllung von 46% des Jahresplanes im letzten Quartal. Prämie 13 450,- DM.

Ofen- und Maschinenbau. Neben der Wanderfahne erhält diese Abteilung eine Prämie von 630,- DM.

Zum ersten Mal wurde die Wanderfahne an eine Abteilung des Gerätewerkes verliehen. Die Kollegen des Prüffeldes erhielten außerdem eine Prämie von 230,- DM.

Nachdem das Lohn- und Gehaltsbüro dreimal die Wanderfahne erfolgreich verteidigen konnte, wurde jetzt die Abteilung Planung Sieger. Sie erhielt eine Prämie von 300,- DM.

Wir wünschen den Siegern weitere Erfolge beim Kampf um die Planerfüllung im I. Quartal 1954.